

Anmerkungen zum Haushaltsplan 2017

Der Haushaltsplan 2017 sieht freundlich aus. Die Steuereinnahmen steigen, insbesondere der Anteil an der Einkommensteuer. Gleichzeitig steigen aber auch die Ausgaben für neue Ludwigsburger Einwohner bei Kindergärten und Schulen.

Da Bund und Land Baden-Württemberg immer wieder versuchen, die Finanzierung neuer Aufgaben zunächst auf die Kommunen abzuwälzen, ist trotz guter Einnahmen dennoch Vorsicht bei neuen Investitionen geboten.

Interessant ist die Tatsache, daß vom Gemeinderat beschlossene Investitionen durch zu wenig Personal in den einzelnen Ämtern nicht durchgeführt werden können. Auf der anderen Seite sind insbesondere Sanierungsmaßnahmen im Schul- und Kindererziehungsbereich auch im Jahr 2017 nicht oder nicht vollständig finanziert.

Wie immer stellen wir auch für das Jahr 2017 keine Anträge, die sich mit Leuchtturmaßnahmen beschäftigen. Wir kümmern uns um die Anliegen der Bürger und Bürgerinnen, die zum Erhalt einer lebendigen und lebenswerten Stadt gehören. Wir wollen erreichen, daß Beschlüsse nicht nur Papiertiger bleiben, sondern in das tägliche Handeln von Gemeinderat und Stadtverwaltung ganz selbstverständlich einfließen. Davon sind wir leider noch weit entfernt.

Der Flächenverbrauch im Lande steigt zwar nicht mehr so rasant wie vor 10 Jahren, ist aber vom Punkt Null noch meilenweit entfernt.

Noch immer haben wir in Ludwigsburg die Frage nicht beantwortet, ja nicht einmal diskutiert, wieviel Bebauung eine auch für unsere Kinder noch lebenswerte Stadt verträgt. Das einzige Kriterium für die Beschlüsse über neue Wohnbaugebiete scheint die Jubel-Aussage aus der Vorlage zur nächsten Stadtgründungsfeier zu sein: „Ludwigsburg ist auf dem Weg zur Großstadt mit 100.000 Einwohnern.“

Seit Mai 2016 gilt ein „Strategisches Fachkonzept Klimaanpassung als informelle Planung“ als beschlossen. Gemäß Paragraph 1, Absatz 6, Nummer 11 des deutschen Baugesetzbuches sollen Maßnahmen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel seitdem in alle Abwägungsprozesse einbezogen werden. Die Frage, wo diese Abwägung stattfindet, ob auf der Oberbürgermeisterebene, in den Fachbereichen der Verwaltung oder auf grund von Alternativvorschlägen in den Sitzungen des Gemeinderats, ist insofern beantwortet, als es zum Beispiel weder beim Bebauungsplan „Kleingärten Römerhügel“ noch beim Umbau der Lindenstraße noch bei der Neugestaltung „Außenanlagen Goethe-

Gymnasium“ Alternativvorschläge gab, die den Klimawandel berücksichtigen.

Der deutsche städtetag fordert seine Mitgliedsgemeinden auf, die Klimaanpassung bei allen Investitionen zu berücksichtigen.

Die Stadt Karlsruhe hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit den Konflikten zwischen Klimaschutz und Klimawandel einerseits und dem insbesondere bei Investoren vorhandenen Bedarf nach neuem, natürlich teurem, nicht etwa sozialem, Wohnungsbau offen auseinandersetzt.

Das Freiburger Büro faktorgrün hat die klimatisch besonders belasteten Stadtgebiete und die Defizite bei Wald- und Baumbestand in Ludwigsburg in zwei Untersuchungen aufgelistet und Vorschläge zu notwendigen Maßnahmen gemacht. Die Grundlagen für Abwägungsprozesse sind also allgemein bekannt.

Die Umsetzung in reale Beschlüsse zum Beispiel beim Freiflächenentwicklungskonzept, das nach Aussage des OB mit dem KLiK vernetzt ist, gibt es noch immer nicht.

Mit der sogenannten Wohnbaulandoffensive werden neue Baugebiete ausgewiesen. Dabei fehlt die Ausweisung der Folgekosten. Die erforderlichen neuen Schulen, neuen Kindergärten, neuen Straßen, neuen Abwasserbehandlungsanlagen sind beim Satzungsbeschluss offenbar nicht existent.

Auf der anderen Seite sind Sanierungsmaßnahmen wie die schon lange anstehende Entgiftung des Bildungszentrums West nicht finanziert.

Wir sind der Meinung, daß solche unspektakulären, aber dringenden Aufgaben Vorrang vor neuen Leuchtturmprojekten wie der Wohnbebauung im Osten der Stadt und der dann notwendigen Errichtung einer neuen Schule, einer neuen Sporthalle, neuer Straßen usw. haben müssen. Erst die Pflicht, dann die Kür!

Weiterhin erinnere ich daran, daß unser Antrag „Tempo 30 nachts auf der B 27 in Eglosheim“ noch immer existiert. Er kostet sehr viel weniger als eine Grüne Wand, die der Bauausschuß zweimal aus guten Gründen abgelehnt hat, hat aber nach unseren Kenntnissen eine weitaus größere Wirksamkeit als 5 Meter Grüne Wand für 50.000 €. Dank gebührt allen Mitarbeitern, die das Mammutwerk „Haushalts- und Finanzplan 2017 ff.“ aufgestellt haben. Allerdings ist es diesmal sehr fachgerecht formuliert. Mehr erklärende Information wäre notwendig.